

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rheder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Nobelstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagsort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Isselburger Zeitung.

Nr. 165

Donnerstag, den 18. Juni

1925

Eine Kirchenpolitische Debatte im Reichstag.

Für und wider das bayerische Konkordat.

4. Berlin, 17. Juni. (Tel.)

Ohne Debatte nimmt der Reichstag in seiner heutigen Sitzung in allen drei Lesungen einen Gesetzentwurf über die **Hinduschiebung der Vermögenssteuervorauszahlung** an. Darnach wird die Vorauszahlung auf die Vermögenssteuer, die am 15. Mai fällig war, bis zum 15. August ausgesetzt.

Nachdem Staatssekretär Zweiger mitgeteilt hat, daß Innenminister Schiele infolge einer Fußverletzung nicht an den Verhandlungen teilnehmen könne und ihn mit seiner Vertretung beauftragt habe, tritt das Haus in die

Beratung der sozialdemokratischen Interpellation gegen das bayerische Konkordat.

ein, die in dem Konkordat eine Verletzung der Reichsverfassung enthält.

Abg. Sanger (Soz.) begründet die Interpellation. Wir lehnen das Konkordat ab, weil in den Verträgen in unzulässiger Weise in die inneren Verhältnisse der Glaubensgemeinschaften eingegriffen wird. Wir fragen den Reichsminister Schiele, ob er von dem Rechte des Artikels 13, Absatz 2 der Verfassung Gebrauch machen will, ohne Reichsgerichtsentcheidung zur Schlichtung des Streits um das Konkordat herbeizuführen. Der Redner fragt die Regierung, wann ein Reichskonkordat kommen werde, und meint, daß bei Schließung dieses Reichskonkordats wahrscheinlich Differenzen mit dem bayerischen Konkordat entstehen. Dann sucht der Redner im einzelnen die Verletzung des Konkordats gegen die Verfassung nachzuweisen. U. a. wendet er sich dagegen, daß das Konkordat vorsehe, daß in allen Gemeinden katholische Volksschulen errichtet werden sollen, selbst in Form einer ungetauften Schule, wenn eine entsprechende Schülerzahl vorhanden ist. Das verstöße gegen die Artikel 146 und 174 der Reichsverfassung. In dem Konkordat sei auch die Unabhängigkeit der deutschen Hochschulen bedroht, weil es vorsehe, daß an zwei bayerischen Hochschulen mindestens je 1 Professor der Philosophie angestellt werde, der in Bezug auf seine katholische Anschauung einwandfrei bekannt sei. Das bedeute, daß diese Hochschullehrer der Kirche unterlägen. Verfassungswidrig sei die Bestimmung des Konkordats, nach der die bayerische Regierung sich verpflichtet, Lehrer für katholische Bekenntnisschulen im Geiste des katholischen Glaubens auszubilden. Artikel 143, Absatz 2 der Verfassung sagt, daß die Lehrer im Geiste der höheren Bildung ausgebildet werden. Der Geist höherer Bildung sei aber nicht Bekenntnisgehalt.

Trennung von Kirche und Staat sei ein geschriebenes und ungeschriebenes Gesetz der Verfassung.

das durch das Konkordat verletzt werde, in dem die Kirchen alles geboten erhalten und nehmen, und nichts dafür geben. (Beifall links.)

Staatssekretär Zweiger weist in seiner Antwort auf der Interpellation darauf hin, daß das bayerische Konkordat seit der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse der erste Fall sei, daß ein Land seine Beziehungen zur Kirche im Wege eines Abkommens geregelt habe. Die Trennung von Staat und Kirche sei für die großen religiösen Gemeinschaften in der Reichsverfassung nicht durchgeführt worden. Die Kirchengemeinschaften hätten vielmehr die Stellung von öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die bayerische Staatsregierung habe entsprechend einer früheren Zusage das Konkordat vor seiner Unterzeichnung

der Reichsregierung vorgelegt.

Der damalige Reichkanzler habe nach Prüfung der Vorlage im Einverständnis mit dem damaligen Innen- und Justizminister und namens der Reichsregierung erklärt, daß gegen den Entwurf des Konkordats aus Grund der Reichsverfassung Einwände nicht erhoben werden können. Es handele sich bei dem Konkordat auch nicht um einen Verstoß gegen Artikel 78 der Reichsverfassung, der den Vertragsabschluß mit auswärtigen Staaten dem Reiche vorbehalte. Der päpstliche Stuhl sei auswärtiger Staat im Sinne dieses Artikels. (Zustimmung rechts.) Der Regierungsvertreter weist dann noch darauf hin, daß in den bayerischen Verträgen der evangelischen Kirche die gleichen Rechte zugesichert seien wie der katholischen.

Abg. Wallraf (D.) meint, daß es den Sozialdemokraten mit ihrer Interpellation darauf ankomme, die Regierungsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen und Zentrum dadurch zu stören, daß sie sich als Schlichter vor den Katholizismus stellen. Man müsse zugeben, daß zur Zeit

die konfessionellen Gegensätze von Tag zu Tag schärfer würden. Es sei Pflicht aller, diese Differenzen rechtzeitig auszugleichen. Namens der Deutschnationalen erklärte der Redner, daß in dem Konkordat eine Verletzung der Verfassung nicht erblickt werden könne.

Abg. Dr. Bell gibt namens des Zentrums eine Erklärung zu der sozialdemokratischen Interpellation über das bayerische Konkordat ab, in der es u. a. heißt: Zur Förderung des Reichsgebührens und zum Schutz der Reichsverfassung ist es von wesentlicher Bedeutung, daß die den Ländern verbliebenen Rechte nicht angegriffen werden und jeder Eingriff in deren Zuständigkeit sorgsam verhütet wird. Das gilt insbesondere für Bayern

Dadurch können Reichsinteressen und Reichstreue nur gewinnen. Dabei soll der Gedanke aber nicht zurückgestellt werden, daß es Pflicht der Reichsregierung ist, darüber zu wachen, daß durch

Maßnahmen der Länder die Interessen des Reiches nicht verletzt und die verfassungsrechtliche Zuständigkeitsgrenze nicht überschritten werde. Diese Verpflichtung hat die Reichsregierung auch bei dem bayerischen Konkordat erfüllt. Das zuständige Reichsministerium ist zur Bejahung des Konkordats gelangt. Wir sehen keinen begründeten Anlaß, dieses Ergebnis in Zweifel zu ziehen. Die Erziehungsbehörden haben verfassungsrechtlichen Anspruch darauf, daß von den Lehrern der Unterricht im Geiste des Bekenntnisses erteilt wird. Diese Gewähr ist aber nicht gegeben bei Lehrern, die grundsätzlich keinen Religionsunterricht erteilen wollen. Man verwirft vollständig die Grundbegriffe wahrer und edler Toleranz, wenn man die entgegengeleiteten Anschauungen zu Angriffen gegen das bayerische Konkordat auswerten sucht. Gerade

im Sinne unserer sittlichen und religiösen Erneuerung, die für unsere nationale Wiedergeburt oberste Voraussetzung ist, begrüßen wir das Konkordat

und weisen die Angriffe hiergegen als unberechtigt zurück. (Zustimmung und Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Gahl (D.) erklärt, daß, wenn er als bayerischer Abgeordneter zu dem Konkordat hätte Stellung nehmen müssen, er das Konkordat abgelehnt hätte, weil es dem Artikel 10 der bayerischen Verfassung widerspreche, indem es eine neue Leitung dem bayerischen Staat auferlege, wozu eine Verfassungsänderung erforderlich sei. Der Wortlaut des Konkordats liege zu dem Wortlaut der Reichsverfassung darin in Widerspruch, daß ein Eingreifen des Reiches angedeutet sei. Die Oberaufsicht über das gesamte Schulwesen müsse dem Staat verbleiben. Ein Reichskonkordat sei zwar sehr erwünscht, könne aber nur so zustande kommen, daß die einzelnen Landes- und Kirchenprovinzen ihre Konkordate abschließen und daß diese Konkordate unterworfen würden von einem Mantelgesetz des Reiches. (Zustimmung.)

Abg. Reichardt (Komm.) lehnt das Konkordat ab, das die Reichsverfassung verletze.

Abg. Schilling (Dem.) hebt hervor, daß die Weimarer Verfassung die katholische Kirche sehr gefördert habe. Ueber dem Konkordat habe von Anfang an sein guter Stern geschwebt. Es handele sich darum, staatliches Recht gegen kirchliches Recht abzugrenzen. Es sei richtig, daß gemäß der Reichsverfassung eine Zustimmung des Reiches zum Abschluß des Konkordats nicht notwendig gewesen sei. Der Redner ist der Ansicht, daß die Bestimmungen des Konkordats mit der Reichsverfassung nicht in Einklang zu bringen seien. Das Konkordat bestimme, daß in den bayerischen Bekenntnisschulen -- und das seien fast alle -- kein Lehrer angestellt werden könne, der nicht Religionsunterricht erteilen wolle. Das sei ein offener Hohn auf die Verfassung des Reiches. Die Demokraten würden sich jedenfalls gegen ein Reichskonkordat wenden, das dem bayerischen ähnlich sei.

Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vgg.) ist der Ansicht, daß das Konkordat nicht gegen die Reichsverfassung verstoße.

Abg. Dr. Völgner (Bayr. Vpt.) erklärt, die Möglichkeit, daß sich später einmal ein solcher Konflikt bei der Ausübung des Konkordats ergeben könnte, sei natürlich gegeben. Diese Möglichkeit sei aber auch bei jedem anderen Landesgesetz vorhanden. (Zustimmung rechts.) Es sei nur der Umstand, daß in den Verträgen die konfessionelle Volksschule in Bayern festgelegt sei, der die Sozialdemokraten zu ihrer Opposition veranlasse. Dabei sei in dieser Beziehung gegen früher, was Bayern anbelange, durch das Konkordat gar nichts geändert worden. (Widerspruch links.)

Abg. Dr. Fried (Völk.) meint, das Konkordat hätte vor seinem Abschluß dem Reichstage vorgelegt werden müssen, weil es die Reichsregierung auf dem Gebiete des Schulwesens vorantreibe. Ein Reichskonkordat würde die Bevölkerung abspalten.

Tamit ist die Aussprache über die Interpellation beendet. -- Donnerstag 2 Uhr Fortsetzung des Haushalts der Finanzen. -- Schluß 8 Uhr.

Das Kabinett Painlevé in Gefahr.

Paris, 17. Juni. (Eig. Draht.) Die Stellung der französischen Regierung scheint neuerlich ernsthaft gefährdet. Nach Mitteilungen der Linkspresse scheint ein Bruch innerhalb der Regierungskoalition unvermeidlich. Insbesondere wird zugegeben, daß die Sozialisten entschlossen sind, die Marokkopolitik und die Finanzpolitik des Kabinetts Painlevé nicht mehr zu unterstützen. Bekanntlich war seine Marokkopolitik schon einmal Gegenstand ernsthafter Auseinandersetzungen mit den Sozialisten. Damals gelang es, durch eine ausgleichende Entscheidung die Gegensätze unter den Regierungsparteien zu überbrücken, die aber jetzt anscheinend mit vermehrter Schärfe wieder aufgetaucht sind. Die Sozialisten haben mit unversöhnlichem Mißtrauen der Marokkopolitik gegenüber gestanden. Es ist unverkennbar, daß sie mit der Haltung des Ministerspräsidenten von Tag zu Tag unzufriedener sind. Hinzu kommt noch, daß nicht nur bei den Sozialisten, sondern auch in den anderen parlamentarischen Gruppen, auf die sich die Regierung stützt, Unzufriedenheit mit der Finanzpolitik des Finanzministers Caillaud vorhanden ist. Wenn die Sozialisten tatsächlich der Regierung ihre Unterstützung entziehen -- und es muß damit gerechnet werden -- dann kann Painlevé über eine Mehrheit in der Kammer nicht mehr verfügen. Die nächsten Tage werden voraussichtlich bereits die Entscheidung hierüber bringen. Ein Rücktritt des Kabinetts Painlevé gerade jetzt wäre für Deutschland nicht ohne Bedeutung, da ja das Kabinett eben erst den Sicherheitsvorschlag der deutschen Regierung beantwortet hat.

Die Enteignung des deutschen Großgrundbesitzes in Lettland.

Von unserem lettischen Korrespondenten Riga, Mitte Juni.

Die letzte Sitzung des lettischen Landtages, mit der dieser seine Session schloß, um erst nach den Neuwahlen im Herbst in veränderten Bestande wieder zusammenzutreten, brachte eine große Überraschung: Auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite hin teilte der Außenminister Meierowitsch mit, daß die enteigneten deutschen Großgrundbesitzer eine Petition an den Völkerbund gerichtet hätten, in der sie diesen bitten, dem Haager Internationalen Schiedsgericht eine ganze Reihe von Fragen zur Beantwortung vorzulegen. Diese Fragen lauten im wesentlichen darauf hinaus, daß das Schiedsgericht entscheiden soll, ob das von Lettland unterzeichnete Minderheitenschutzabkommen den enteigneten Gutsbesitzern einen Anspruch auf Entschädigung für das ihnen infolge der Agrarreform fast restlos fortgenommene Land gewährt. Ferner soll der Haager Antwort auf die Frage geben, ob es mit demselben Abkommen vereinbar ist, daß außer dem Ackerlande auch sämtliche Wälder, kleineren Betriebe, zu den Gütern gehörige Mietshäuser und sonstige, mit einer Agrarreform in seinem Zusammenhang stehende Vermögensobjekte eingezogen wurden, ohne daß auch nur die geringste Entschädigung bewilligt worden wäre. In den ausführlichen Angaben zu dieser Petition wird an Hand eines reichhaltigen statistischen Materials der Beweis geführt, daß der enteignete Großgrundbesitz sich mit ganz geringfügigen Ausnahmen in nichtlettischen, vorwiegend deutschen Händen befand und daß die entschädigungslose Einziehung daher auch nur die nationalen Minderheiten an ihrem Vermögen geschädigt habe. Auf den nationalitätenpolitischen Charakter der Agrarreform soll schon die oben gekennzeichnete Fragestellung hinweisen, die unzweideutig erkennen läßt, daß den Gegenstand der Enteignungen keineswegs nur Ländereien bildeten, auf denen Bauern angesiedelt werden können. In der Tat hat ja auch der Staat nicht daran gedacht, zum Beispiel die konfiszieren ausgebeuteten Wäldungen in Livland und Kurland unter Neubesiedler aufzuteilen. Er bewirtschaftet diese vielmehr in eigener Regie und dedt mit den Einnahmen einen nicht geringen Teil seiner Etatsmäßigen Ausgaben.

Diese Petition hat in der lettischen Presse einen wahren Sturm der Entrüstung heraufbeschworen. Der deutschen Bevölkerung wird daraufhin nichts Geringeres als offenkundiger Landesverrat vorgeworfen. Die ganze Aktion wegen irgendwelcher veralteter Adelsprivilegien (!) sei von den Deutschen überhaupt nur eingeleitet worden, weil ihnen daran liege, Lettland vor der ganzen Welt bloßzustellen usw. Wenn man die lettischen Presseartikel der aufgeregten Exclamationen entkleidet, so bleibt als Kern übrig, daß man sich bei der Unterzeichnung des Minderheitenschutzabkommens nichts Arges gedacht habe. Wenn den Minderheiten dadurch wirklich etwas zugestanden werden sollte, so jedenfalls nur in kulturellen Dingen, wie Schule, Kirche, Sprachenfrage, beileibe aber habe man sich nicht die Wege zur Konzentrierung des Besitzes in national-lettischen Händen verperren wollen. Minderheitenschutz habe mit wirtschaftlichen Dingen nicht das Allgeringste zu tun (!).

Die Stellungnahme der Regierung zu der Angelegenheit, das muß anerkannt werden, ist wesentlich ruhiger. Da von der entschädigungslosen Enteignung auch eine ganze Anzahl von Gutsbesitzern betroffen wurde, die deutsche, polnische, finnlandische, französische und selbst italienische Staatsangehörige sind, hat sie bereits ziemlich diplomatische Unannehmlichkeiten wegen der Agrarreform gehabt und sie erkennt im Prinzip das Unrecht der betroffenen Ausländer auf eine gewisse Abfindung an, die allerdings keineswegs dem wirklichen Wert der enteigneten Objekte entspricht. Der Außenminister Meierowitsch ist sogar so weit gegangen, öffentlich zuzugeben, daß auch die eigenen Staatsangehörigen abgefunden werden müssen, wenn die Ausländer etwas bezahlt erhalten. Sachlich erkennt die Regierung die Berechtigung der Petition jedoch ebensoviele an; sie hat der zuständigen Parlamentskommission versprochen, alles von ihr Abhängige zu tun, um eine Abweisung der Petition durch den Völkerbund herbeizuführen. Eine wesentliche Rolle bei der Argumentation gegen die Zulässigkeit eines Völkerbundspruches in der Angelegenheit spielt der Einwand, daß die Souveränität Lettlands nicht mit einer Beeinflussung durch den Völkerbund vereinbar sei. Dabei wird gänzlich außer Acht gelassen, daß man sich durch den Eintritt in den Völkerbund und durch die Unterzeichnung des Minderheitenschutzabkommens, wie bei jeder vertraglichen Bindung, freiwillig eines Teiles dieser Souveränität begeben hat. Wie der Völkerbund in diesem Falle entscheiden wird, muß bei seiner gar zu „politischen“ Denkwiese erst abgewartet werden. Für die deutsche Bevölkerung Lettlands ist die Frage von höchster Lebenswichtigkeit, denn durch die Agrarreform ist sie auf eine denkbar enge wirtschaftliche Basis gestellt worden. Irgend eine Illustation

Kann ihr wegen der Petition jedenfalls nicht vorgeworfen werden. Die deutschen Landtagsabgeordneten, die die Eingabe unterzeichnet haben, sind sogar so weit gegangen, der Regierung vor Überreichung derselben in Genf Kopien aller Dokumente zur Kenntnisnahme einzugeben, unter denen sich auch ein Gutachten eines namhaften englischen Zivilrechtlers und eines Völkerrechtsprofessors an der Sorbonne befinden.

Wie sehr die Deutschen Letztendlich verärgert sind, geht u. a. auch aus dem Ergebnis der Ende Mai abgeschlossenen alljährlichen großen Schulfammlung hervor. Obwohl von den allermeisten Deutschen die von der Sammlungsleitung gestellte Norm für die freiwilligen Gaben — der Verdienst von vier Arbeitstagen eines jeden einzelnen — getreulich eingehalten wurde, konnte das gesteckte Ziel nicht voll erreicht werden. Statt der erhofften 9 Millionen Letztens sind nur sieben eingekommen, was immerhin um 1 Million mehr ist als im Vorjahre. Von dieser Schulfammlung müssen über 100 deutsche Schulen in Letztland vollständig erhalten oder stark unterstützt werden. Der leidende Teil werden die Lehrer sein, deren erschwerend geringe Gehälter nicht in dem erhofften Maße werden aufgebessert werden können. Sie haben bisher im Dienst ihres Volkstums Gedacht und Opfer gebracht und werden es auch fernerhin tun müssen.

Die französische Sicherheitsnote.

Paris, 17. Juni. (Tele.) Unseres Berliner Vertreters.) Reichsaussenminister Dr. Stresemann soll nach der Behauptung eines Pariser Blattes sich bereit erklärt haben, dem französischen Vorkäufer in Berlin bereits im Laufe des heutigen oder morgigen Tages die Entwürfe des Reichsstaatsbüros bezüglich der Antwortnote in der Sicherheitsfrage bekanntzugeben. Es handelt sich bei dieser Behauptung des Pariser Blattes, wie uns von zuverlässiger Seite versichert wird, um eine Behauptung, die jeder Begründung entbehrt. Es bedarf kaum eines Hinweises, dass die Reichsregierung gar nicht in der Lage ist, in so kurzer Zeit ihren Eindruck so festzulegen, dass er bereits dem französischen Geschäftsträger in Berlin bekanntgegeben werden könnte. Im Gegenteil wird man gut daran tun, allen Mitteilungen über angebliche Erklärungen durch Regierungskreise zur Antwortnote mit Vorsicht zu begegnen. Es ist nicht anzunehmen, dass die Reichsregierung irgendwelche Auslassungen über ihre Entwürfe von der französischen Antwortnote bekanntgeben wird, bevor die in Aussicht genommene Rücksprache nicht nur im Reichsstaatsbüro, sondern auch mit den Ministerpräsidenten der Länder und den Parteiführern der Regierungsparteien stattgefunden haben.

tu Berlin, 17. Juni. (Tele.) Die Reichsregierung trat heute in der Wohnung des Reichsinnenministers Schiele, der diese wegen eines Fußleidens nicht verlassen kann, zu einer Besprechung der außenpolitischen Lage zusammen. Die gestern überreichte und bereits überfachte Antwortnote der französischen Regierung auf das deutsche Sicherheitsangebot wurde eingehend erörtert. Der Ministerrat dauerte etwas über eine Stunde. Nach dem Ministerrat wird eine Besprechung mit den Parteiführern, voraussichtlich nicht vor Ende dieser Woche, über den Inhalt der französischen Antwortnote herbeigeführt werden. Die Verschlebung der Entscheidung um 24 Stunden ist anscheinend auf französische Initiative zurückzuführen.

tu London, 17. Juni. (Tele.) Der diplomatische Korrespondent des „Evening Standard“ schreibt: Es ist nunmehr sicher, dass die außenpolitische Debatte im Unterhaus am 24. 6. stattfinden wird. Chamberlain wird vor der Debatte eine ausführliche Erklärung abgeben. In der Antwortnote hat er erklärt, dass er im Namen aller allierten Regierungen spricht. Es wird der deutschen Regierung klar gemacht, dass Deutschland auf Grund der im Völkerbund und bei anderen Gelegenheiten dem Völkerbund beigetretenen Bedingungen dem Völkerbund beitreten müsse und dass gegen gewisse Vorbehalte Frankreich bereit sei, das deutsche Angebot zu diskutieren. Diese Vorbehalte beziehen sich darauf, dass der Pakt in keiner Weise die vorhandenen Verträge beeinträchtigen dürfe und dass alle Klauseln des Friedensvertrages unverändert in Kraft bleiben.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ weist in einer heute veröffentlichten Notiz die Meinung als unrichtig zurück, dass die Haltung Italiens, durch die Rücksicht auf die Brenner-Grenze bestimmt sei. Wie man schon seit langem wisse, seien es die Folgen der, die die italienische Regierung aus dem französischen Vertrag herauslese, wodurch die Haltung Italiens bestimmt worden sei. Besonders habe der französisch-polnische und der französisch-italienische Vertrag Vertrauen erregt. Man sei in Italien mit der Einigung des ursprünglichen deutschen Vorschlages nicht zufrieden.

Schwere Tumultszenen in der französischen Kammer.

Paris, 17. Juni. (Tele.) In der Kammer erschien Poincaré gegen 5 Uhr, wo er auf den Bänken der Radikalen und der Opposition mit lebhaftem Beifall begrüßt wurde. Allgemein fiel die Zurückhaltung der Sozialisten auf. Herriot teilte mit, dass heute das Datum der Besprechung der Interventionen über Marokko festgesetzt werde. Darauf erklärte Poincaré, er könne der Kammer jetzt ausführliche Angaben nicht machen, jedoch stehe er der Kammerkommission sofort zur Verfügung, um mit ihr gemeinsam die öffentliche Debatte festzusetzen. Die Marokkofrage sei vor allem eine nationale Frage. Poincaré wurde andauernd von Zwischenrufen unterbrochen. Er begründete seine Zurückhaltung mit den zur Zeit mit Spanien geführten Verhandlungen. — Der Antrag auf sofortige Besprechung der Marokkofrage wurde schließlich mit 436 gegen 34 Stimmen abgelehnt. Von den 100 Sozialisten haben sich ungefähr 85 der Stimme enthalten. Die nächste Sitzung wurde auf Donnerstag festgesetzt. Die Marokkodebatte soll nicht vor nächster Woche stattfinden.

tu Paris, 17. Juni. (Tele.) Die vier Kammerkommissionen, etwa 150 Mitglieder, trafen heute nachmittag in der Kammer zur Anhörung des Berichts Poincarés über Marokko zusammen. Zu Beginn der Sitzung nahm der Ministerpräsident den Anwesenden das Versprechen ab, über seine Mitteilungen strenges Stillschweigen zu bewahren. Die 6 anwesenden Kommissionen lehnten jedoch die Aufforderung entschieden ab. Unter diesen Umständen beschlossen die Präsidenten der Kommissionen, die Sitzung in einem Privatsalon der Kammer abzuhalten. Die Mitglieder begaben sich darauf dorthin, wurden jedoch von den Kommunisten verfolgt, die versuchten, mit Gewalt in den Salon einzudringen. Franklin Bouillon und der Präsident Trod, der Präsident der Armenkommission, leisteten Widerstand, wobei es zu einem heftigen Handgemenge kam, bei dem die Kommunisten ihre Gegner mit Fußtritt und Faustschlägen bearbeiteten. Durch ein Aufgebot von republikanischer Garde wurden die Kommunisten zum Rückzug gezwungen.

Unterzeichnung der Waffenhandelskonvention.

tu Genf, 17. Juni. (Tele.) Heute mittag begann der feierliche Akt der Unterzeichnung der von der Waffenhandelskonferenz ausgearbeiteten Konvention und der Protokolle. Der deutsche Vertreter unterzeichnete das Protokoll über das

Die Ausführung des Dawes-Planes.

Bericht des Generalagenten.

W. Berlin, 17. Juni. (Tele.) Der Generalagent für Reparationszahlungen und die auf Grund des Dawes-Planes geschaffenen Kommissionen und Treuhänder haben der Reparationskommission einen Bericht über die Ausführung des Dawes-Planes in den ersten 8 Monaten ihrer Tätigkeit vorgelegt. Einflüssig wird in diesem Bericht betont, dass es verfrüht sei, Schlüsse über die praktische Wirkung des Dawes-Planes zu ziehen. Immerhin habe er im ersten Stadium den gehegten Erwartungen entsprochen. Es sei zu hoffen, dass die Kenntnis der ersten Leistungen dazu beitragen werde, die wirtschaftlichen Kräfte in der Welt zu härten, die für den Wiederaufbau tätig seien. In dem den Reparationszahlungen gewidmeten 3. Kapitel des Berichts wird ausgeführt, dass die nach dem Plan von der Reichsbahn halbjährlich aufzubringenden Mittel im 2. und 3. Jahr der Annuität auf Grund einer kürzlich mit der Reichsbahn getroffenen Vereinbarung künftig monatlich gegen Gewährung eines Diskontes von 6 Prozent geleistet werden, um das glatte Arbeiten des Planes zu erleichtern. Betont wird in dem Bericht ferner, dass durch die

Annuitätsleistungen, die die gesamte und ausschließliche Verpflichtung Deutschlands enthalten, endlich Klarheit über die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands, die Möglichkeit einer geschäftsmäßigen Verwaltung der Ratengahlungen und eine systematische Verteilung unter die Gläubigerländer geschaffen worden sei.

Die bisher zu leistenden Zahlungen sind bis auf den Dienst der auswärtigen Anleihen fast ganz in Deutschland geleistet worden, wobei der größte Posten 277 Millionen für Erzeugnisse hauptsächlich Kohlen, Reis, Braunkohle darstellt, der hauptsächlich auf Frankreich, Italien und Belgien entfällt. Der nächstgrößte Posten 149 Millionen betrifft Zahlungen an die Besatzung. Von den Sachleistungen werden erwähnt Verträge mit Frankreich über 100 000 Tonne Kohlen, Vollendung zweier Schiffe (14,5 Millionen), ferner über Vaggonarbeiten auf der Seine. Mit Belgien über Lieferung eines schwebenden Docks, Eisenbahnmateriale nach dem Kongo und 25 Lokomotiven. Mit Rumänien über Lieferung von Eisenbahnmateriale und Lokomotiven im Werte von 16,5 Millionen Mark. Hinsichtlich der Sachleistungen bezeichnet der Bericht die weitgehende Vertragsfreiheit für beide Parteien als wünschenswertes Ziel.

Die bisherige Ausführung des Dawes-Planes ist in vollem Gange. Das bisherige Ergebnis bestätigt immer mehr die Annahme, dass sich das Unglück als Folge eines Naturereignisses zutrug.

Die Amnestievorlage.

tu Berlin, 17. Juni. (Tele.) Unseres Berliner Vertreters.) Die Amnestievorlage, die, wie wir bereits mitteilten, in diesen Tagen dem Reichstag zugehen wird, betrifft die Fälle des Hochverrats, der Geheimbündelei, ferner der Verträge gegen das Republikgesetz. Unter das Amnestiegesetz fallen alle Geldstrafen sowie Freiheitsstrafen bis zu einem Jahr. Nicht einbezogen sind Zuchthausstrafen. Die Amnestie beschränkt sich im übrigen auf Strafen, die von den Reichsgerichten, also vom Reichsgericht und vom Staatsgerichtshof verhängt sind. Außerdem werden Verfahren wegen der erwähnten Vergehen, wenn sie noch schweben, eingestellt, wenn die Straftat vor dem 1. Oktober 1923 begangen ist. Darunter fallen also die noch nicht abgeurteilten Teilnehmer des Kapp-Puzsches. Die Amnestie bezieht sich nur auf politische Vergehen. Gemeine Vergehen und Verbrechen finden keine Berücksichtigung. Außer der Amnestie ist bekanntlich eine Amnestie der Länder geplant. Der preussische Amnestieentwurf ist fertiggestellt, wird aber erst veröffentlicht werden, nachdem die Länder sich darüber in einer Besprechung im Reichstag verständigt haben.

Beschlüsse des preussischen Staatsministeriums zur Zollvorlage.

tu Berlin, 17. Juni. (Tele.) Unseres Berliner Vertreters.) Das preussische Staatsministerium ist sich in einer Sitzung über seine Stellungnahme zu der Reichsschulzollvorlage schlichtig geworden. Die Vertreter Preussens im Reichstag sind, wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, dahin unterrichtet worden, dass die Mindestzölle abzulehnen sind. Dagegen ist die preussische Regierung für Verhandlungen. Zu diesem Zwecke soll nach der Auffassung der preussischen Regierung die Reichsregierung ermächtigt werden, auf dem Verhandlungswege an Stelle der bisher geltenden autarken Zollsätze von 7 Mark für Roggen und 7,50 Mark für Weizen Höchstzölle von 3 Mark für Roggen und 3,50 Mark für Weizen festzusetzen.

Besoldungsfragen im preussischen Beamtenausschuß.

W. Berlin, 17. Juni. (Tele.) Im preussischen Beamtenausschuß wurde der Antrag der Sozialdemokraten auf Gewährung einer Wirtschaftsbeihilfe von 100 Mark an die Besoldungsklassen von 1-6 erörtert. Finanzminister Höpfer-Wischhoff erklärte an, dass die Lage der in dem Antrag genannten Beamtengruppen bedrängt sei. Es dürfe aber nicht außer Acht gelassen werden, dass sich die Kosten für die Wirtschaftsbeihilfe im ganzen Reich auf 75 Millionen Mark stellten. In Preußen würde es sich um 15-20 Millionen Mark handeln. Im Etat sei schon ein Betrag zu bedenken. Man komme also um eine Erhöhung der Steuern, insonderheit der Haussteuer, nicht herum. Der Ausschuss nahm einen Antrag, der eine allgemeine Erhöhung der Beamtenbezüge für die wirtschaftlich notleidenden Besoldungsklassen fordert, an. Auch der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung von Wirtschaftsbeihilfen wurde als Zusatzantrag angenommen.

Abänderung des Vermögenssteuertarifes.

tu Berlin, 17. Juni. (Tele.) Der Steuerausschuß des Reichstages beschloß die Neufassung des Vermögenssteuertarifes. Danach beträgt die Vermögenssteuer jährlich 5 vom Tausend und ermäßigt sich bei Vermögen unter 50 000 Mark auf 4 bis 2 vom Tausend. Bei Vermögen über 250 000 bis 5 Millionen Mark erhöht sich der Satz bis auf 7,5 vom Tausend. Die Erhöhung soll bei der Veranlagung für 1925 und 1926 noch keine Anwendung finden. Auf den Antrag des Zentrums beschloß der Ausschuss, dass die Vermögenssteuerveranlagung bis zum 31. Dezember 1928 nicht erhoben werden soll.

Letzte Handelsnachrichten.

Markt- und Frachtschiffnotierungen.

h New York, 17. Juni. (Funkdruck.) Schlusskurs der Markt 28,80; 100 Pfund gleich 4,75/4 Dollar.

h Bremen, 17. Juni. (Funkdruck.) Schlussnotierungen: Juli 25,71-55; Sept. 25,72-56; Okt. 25,29-24; Dez. 25,28 bis 20; Jan. 25,07-07; März 25,35-18; Mai 25,35-25, ruhig.

h Liverpool, 17. Juni. (Tele.) Tendenz stetig. Umlauf 6000, Import 1800, für den Export 3000. Schlussnotierungen: Loco 13,71; April 12,82; Mai 12,66; Juni 12,54; Juli 12,39; Aug. 12,31; Sept. 12,29; Okt. 12,29; Nov. 12,27; Dez. 12,28; Jan. 12,30; Febr. 12,32; März 12,80.

h New York, 17. Juni. (Funkdruck.) Tendenz: ruhig. Schlussnotierungen: Loco 24,15; Juli 23,39-41; Aug. 23,30-31; Sept. 23,20-20; Okt. 23,18-18; Dez. 23,39-35; März 22,85 bis 86; April 23,10-10; Mai 22,20-20; Juni 23,31-31. Zufuhren: Atlantik 4000; Inland 1000, Golf —; Frankreich 1000.

h Chicago, 17. Juni. (Funkdruck.) Schlussnotierungen: Weizen: Juli 155/160; Sept. 152/154; Dez. 155; framm. Mais: Juli 112/114; Sept. 112/114; Dez. 91/93; framm. Hafer: Juli 50/52; Sept. 51/53; Dez. 54/56; fest. Roggen: Juli 106/108; Sept. 107/109; Dez. 109/111; fest.

Verbot des Hemischen und bakteriologischen Krieges und die Schlusssätze der Konferenz. Die Konvention über die Waffenhandelskontrolle, das Hauptwerk der Konferenz, wird von dem deutschen Vertreter erst nach persönlicher Rücksprache mit der Reichsregierung erfolgen können. Der deutsche Gesandte von Gahrardt wird bei der zu erwartenden Zustimmung der Reichsregierung nach Genf zurückkehren, um die Unterzeichnung hier zu vollziehen.

Das neue belgische Kabinett.

W. Paris, 17. Juni. (Tele.) Nach Wittermeldungen aus Brüssel kann das Kabinett Pouillet als gebildet angesehen werden. Es setzt sich zusammen aus 8 Katholiken, 5 Sozialisten und 2 außerhalb des Parlaments stehenden Personen mit liberalen Tendenzen: Ministerpräsident und Wirtschaft: Pouillet (Katholik), Justiz: Tschoffen (Katholik), Kolonien: Thibaut (Katholik), Landwirtschaft: Van de Vyver (Katholik), Inneres: Jacquemyns (Außenparlamentarischer Katholik), Inneres: Jacquemyns (Außenparlamentarischer Katholik), Kriegsmarine: General Reekens (Außenparlamentarischer Katholik), Auswärtiges: Vandervelde (Sozialist), Kunst und Wissenschaft: Hupmans (Sozialist), Eisenbahn, Post und Marine: Anscele (Sozialist), Industrie und Arbeit: Wauters (Sozialist).

Wenn das jetzt von neuem gebildete Kabinett Pouillet, wie zu erwarten ist, das Vertrauen des Parlaments erhält, dann würde die Regierungstruppe in Belgien nach ungefähr zweimonatiger Dauer ihr Ende gefunden haben, ein Ende freilich, mit dem ein großer Teil der katholischen Partei nicht gerade sehr zufrieden ist. Wurden doch in der vorigen Woche noch in einer gemeinschaftlichen Sitzung der katholischen Fraktionen der Kammer und des Senats für ein Pouillet auszusprechendes Vertrauensvotum nur 63 Stimmen abgegeben, während 62 Abgeordnete ihm das Vertrauen versagten und 6 sich der Stimme enthalten. Pouillet zog daraus die Konsequenz, den schon bis zur Vollendung der Ministerliste ausgedehnten Auftrag der Kabinettsbildung in die Hände des Königs zurückzugeben. Die Gegenpartei im eigenen Lager, der er sich gegenüber sah, kam dabei nicht gerade einer Ablehnung seiner Person gleich, es war vielmehr die Ablehnung der Koalition mit den Sozialisten, die in den 62 gegen ihn abgegebenen Stimmen des rechten Flügels seiner Partei zum Ausdruck kam. Das gleichwohl die konservativen Katholiken lieber ihren Vertrauensmann Van de Vyver an der Spitze des Kabinetts sehen, ist allerdings nicht zu bestreiten, ebenso wenig aber, dass nach dem Ergebnis der Wahlen, bei denen die Liberalen fast dezimiert worden sind, ein Kabinett mit parlamentarischer Mehrheit nur unter Hinzunahme der Sozialisten in die Koalition möglich war, zumal die Liberalen sich mit aller Entschiedenheit weigerten, wieder in die Regierung einzutreten.

Nachdem also Pouillet den Auftrag zur Kabinettsbildung zurückgegeben hatte, griff der König auf die Formel des Dreiparteienkabinetts zurück und verordnete, Van de Vyver mit der Zusammenstellung zu beauftragen. Dieser lehnte jedoch ab, aber auch die Liberalen verblieben auf ihrem Standpunkt. So fiel die Aufgabe wiederum Pouillet zu, der sie dann jetzt endlich in einer Form gelöst zu haben scheint, dass auch die konservativen Katholiken sich damit zufrieden geben. Hat sich doch Van de Vyver wenigstens zur Übernahme des Landwirtschaftsministeriums bereit gefunden. Zudem ist es Pouillet gelungen, zwei liberale Persönlichkeiten für sein Kabinett zu gewinnen, die zwar nicht dem Parlament angehören, deren Eintritt in die Regierung aber von der liberalen Partei nicht ungerne gesehen worden ist. So ist damit zu rechnen, dass das Kabinett Pouillet fürs erste Bestand haben wird. Für Deutschland ist dabei nicht unbeachtlich, dass der bekannte Führer der belgischen Sozialisten, Vandervelde, das Ministerium des Auswärtigen übernommen hat. Im übrigen sind die Unterschiede der jetzigen Ministerliste gegenüber der früheren, die Pouillet präsentierte, nicht von Bedeutung.

Das Eisenbahnunglück in Amerika.

Bisher 48 Tote und 60 Verletzte. — Alle Opfer sind Deutsche.

tu New York, 17. Juni. (Kabeldienst der Teleunion.) Das nahe bei Sadesstown, 60 Meilen von New York, geschehene Eisenbahnunglück wurde dadurch verursacht, dass die Wassermengen eines wolkenbruchartigen Regens die Schienen unterpflüht hatten, wodurch der Zug entgleiste. 4 Wagen des 7 Wagen langen Zuges stürzten mit der Lokomotive die Böschung hinab. Das Feuer der Lokomotive legte die Wagen in Brand und zerstörte sie vollständig. Die Verunglückten sind, mit Ausnahme von sieben Mitgliedern des Fahrpersonals, Deutsche aus Chicago, die eine Reise zur Rheinischen Jahrestagungsfahrt unternahmen wollten. Die Tournee hatte bereits die Niagarafälle besucht und war nach Hoboken weitergefahren. Das Unglück ereignete sich in der Nacht, während die meisten Passagiere schliefen. Der Dampfer Republik verlor nach Bekanntwerden des Unglücks sofort die Ausreise. Die Überlebenden wurden in einem Extrazug nach Hoboken geschafft. Bis jetzt konnten nicht alle Leichen geborgen werden. Die Rekonstruktion ist sehr schwierig, da viele Verunglückte vollständig verbrannt sind. Unter den Toten befanden sich viele Kinder. Die Verunglückten waren außer in Chicago auch in kleinen Orten Nord-Minnesota und Wisconsin anwesend.

Die Zahl der Toten bei dem Eisenbahnunglück hat sich bis heute morgen auf 48, die Zahl der Verletzten auf 60 erhöht. 18 Leichentücher wurden an Bord der „Republic“ gebracht. Die herbeigerufenen Ambulanzen trafen infolge Gewitters sehr verspätet ein. Die erste Hilfe wurde durch Farmer geleistet. Nach dem amtlichen Bericht wurde das Unglück dadurch verursacht, dass große Erdmassen der Böschung durch den Gewitterregen auf die Schienen gestürzt wurden. Unglücksfälle dürften von den schwerverletzten ins Hospital eingeliefert. Die Eisenbahnkatastrophe noch 8 ihren Verletzten ereignen, so dass mit einer Gesamtzahl von 51 Toten zu rechnen ist. Die Untersuchung der Ursachen der Kata-

3. Bildl
gegenüber de
gestern Vorm
Gartenbesitzer
Wartenfrüher
halb helle sta
in Erfüllung
Straßen ein
3. Liebsfr
Boscholt feiert
„Bürgertrug“
Programm a
Baler Schütz
innen des Hg
zu der Feier
3. Krüpp
machung find
morgigen Fre
Borten statt.
3. Zugver
eintreffenden
der Personen,
zwar Wesel a
3. Sonnta
Publikums in
Sonntagsrückf
Fragen und
Schalterbetrie
Abfertigung d
gemessen, das
Sonntagsrückf
camp, Burlo,
Abbedeblügge.
Fahrarten zu
Sonntagsrückf
3. Woch
Gemüse besch
6 Blumenstän
Garten 50
15-20 Pfg.,
25 Pfg., Blum
1,20 Mark, K
100 Pfund 7,
Die meisten P
a. Viehm
junge Schwein
Kuh im Alter
Allerswoche
Die Kuh, für
Der Handel n
t. Die H
jeder mehr de
Bücher in eig
Bonn hat es
freibiegen. Was
und Ziel? Die
Berein gegrü
unter der Be
Prof. Dr. Be
Univ.-Prof. T
H.-B. will ha
Halt und Aus
und liefert vo
halten dem un
schaffen vorge
bedeutenden
Sämtliche Bü
mit künstleris
ne illustriert.
Sierde gereich
Schwächere H
beitrag zur W
wofür drei Bi
Raten entwie
auf das Postf
erste Rate von
nur eine Rate
Raten jeweils
diesem Jahre
rheim. Kunst
Roman aus d
hochangeseh
Alpstelegraph
mann. Für
Neuerscheiun
dass alle die
Weltanschauun
der B.-B. bei
3. Westh
nicht zwei W
ereignete sich
vor dem Bah
wollte gerade
schert ist, pass
Zug heranna
worden, wenn
lungen wäre, z

beim Briefträger bestellen, damit keine Unterbrechung des Bezuges eintritt. — Auch die Geschäftsstelle nimmt jederzeit Entsendungen entgegen.

Bocholt, den 18. Juni 1925.

8. Endlich Regen. Nach einer ganz empfindlichen Abkühlung gegenüber der Wärme, die am Dienstag herrschte, begann es gestern Vormittag zu regnen. Wandering Landwirt und mancher Warmestüßer wird sich gefreut haben, daß seinen Feld- und Gartenfrüchten endlich das erquickende Naß zuteil wurde. Aber bald hellte sich der Himmel wieder auf, ohne daß diese Hoffnung in Erfüllung ging. Es reichte gerade dazu, den Staub auf den Straßen ein wenig anzufeuern.

2. **Liebfrauen- und Ortsgruppe Hochst.** Die Ortsgruppe Hochst feiert morgen Abend 6 Uhr im großen Saale des „Bürgertrug“ ihr 3. Stiftungsfest, für das ein sehr reichhaltiges Programm aufgestellt ist. Die Festrede wird der hochw. Herr Vater Schütz S. J. halten. Die Eltern der ehemaligen Schüler,innen des Anzeigens, sowie Freunde und Wönnner des Bundes sind zu der Feier eingeladen. (Siehe Inserat).

3. Krüppelfürsorgestelle des Kreises Borken. Laut Bekanntmachung findet die Krüppelprechstunde des Kreises Borken am morgigen Freitag, nachm. von 4—5 Uhr im Krankenhause zu Borken statt.

3. **Zugverlegung.** Damit die mit dem Zug D 255 in Wesel eintreffenden Reisenden den Anschluß nach Bocholt erreichen, wird der Personenzug Bz. 967 Wesel—Bocholt später gelegt, und zwar Wesel ab 7.57 Uhr norm. Bocholt an 8.22 Uhr.

3. Sonntagsrüd-fahrraten. Es besteht in weiten Kreisen des Publikums immer noch Unklarheit über die Ausgabe von Sonntagsrüd-fahrraten. Das führt dann immer wieder zu Fragen und Rüdfragen während der Fahrtartenausgabe, die den Schalterbetrieb unnötig verzögern. Im Interesse einer schnelleren

Abfertigung der Reisenden sei darum nochmals darauf hingewiesen, daß vom Bahnhof Bocholt nach folgenden Stationen Sonntagsradsfahrten ausgegeben werden: Barlo, Blumenkamp, Burlo, Diersfordt, Eiten, Hülzburg-Anholt, Rhede und Rhedebrügge. Für alle anderen Stationen müssen gewöhnliche Radsfahrten zum neuen Wohnort eintreffend nachgeholt werden.

3. **Wochenmarkt.** Der gefristige Wochenmarkt war reichlich mit Gemüse besetzt. Aufgeboten waren 51 Gemüse, 4 Kartoffel- und 6 Blumenstände. Es kostete: Salat 10 Pfg., Zwiebeln 15 Pfg., Gurten 50 Pfg., Spargel 70 Pfg. bis 1,00 Mark, Möhren 15-20 Pfg., Kohlrabi 15 Pfg., Erbsen 60 Pfg., gr. Bohnen 25 Pfg., Blumenkohl 50 Pfg., Wirsing 2 Pfg., Tomaten 1,20 Mark, Kappuspflanzen 100 Stück 60 Pfg., alte Kartoffeln 100 Pfund 7,00 Mark, neue Kartoffeln 100 Pfund 20 Mark. Die meisten Produkte wurden sehr schnell verkauft.

a. Viehmarkt. Auf dem gestrigen Viehmarkt waren 780 junge Schweine im Alter von 4—15 Wochen und eine tragende Kuh im Alter von 8 Jahren aufget. Die Schweine kosteten pro Alterswoche 3,50—5,00 Mark. Verkauft wurden 631 Stück. Die Kuh, für die 380 Mark gefordert wurden, blieb unverkauft. Der Handel war schwach.

t. Die Heimbücherei für das Deutsche Haus. Heute hat jeder mehr denn je das Verlangen, gute und schöngebundene Bücher in eigener Hausbücherei zu besitzen. Die Buchgemeinde Bonn hat es sich zur Aufgabe gemacht, dieses Verlangen zu befriedigen. Was ist die Buchgemeinde Bonn und was ist ihr Zweck und Ziel? Die Buchgemeinde Bonn ist eine vom Borromäusverein gegründete, jedoch vollständig selbständige Ableitung unter der Leitung hervorragender Persönlichkeiten, wie Univ.-Prof. Dr. Behn, Schriftsteller A. Kneip, Univ.-Prof. Dr. Plath, Univ.-Prof. Dr. Reiners und Univ.-Prof. Dr. Tillmann. Die B.G. will hauptsächlich gebildeten Katholiken zu einer nach Inhalt und Ausstattung gleich hochwertigen Heimbücherei verhelfen und liefert vorläufig 8 Bücher jährlich aus bezeichnendem, unterhaltendem und religiösem Gebiete. Später sind auch Auswahlreihen vorgesehen, sowie die Herausgabe von Klassikern und bedeutenden literarischen Schöpfungen der Vergangenheit. Sämtliche Bücher werden in vorzüglicher Form geliefert und mit künstlerischem Buchschmuck ausgestattet, teilweise erscheinen sie illustriert. Sie werden jeder Hausbücherei zur besonderen Freude gereichen und sind so billig, daß auch der wirtschaftlich Schwächere sich die Anschaffung leisten kann. Der Mitgliedsbeitrag zur B.G. hat die geringe Höhe von 9 Mark jährlich, wofür drei Bücher geliefert werden. Er kann ganz oder in drei Raten entweder in bar an den Vertreter der Buchgemeinde, oder aus das Postkontokonto Köln Nr. 31 930 eingezahlt werden. Die erste Rate von 3 Mark ist sofort bei der Anmeldung fällig. Falls nur eine Rate bezahlt ist, mögen die Mitglieder die weiteren Raten jeweils nach Ueberlieferung eines Buches einsenden. In diesem Jahre werden folgende drei Bücher geliefert: 1. 1000 Jahre Roman aus der Zeit des hl. Engelbert von dem bekannten und hochangesehenen Schriftsteller A. Kneip; 2. Die Evangelien und Apostelgeschichte in neuer Uebersetzung von Prof. Dr. Tillmann. Für die kommenden Jahre sind hochinteressante Uebersetzungen vorgesehen. Es darf wohl erwartet werden, daß alle diejenigen, die Wert auf eine gute, schöne und ihre Weltanschauung vertretende Heimbücherei legen, als Mitglieder der B.G. beitreten werden.

3. Werth, 17. Juni. Glück im Unglück. Ein Vorfall, dem nicht zwei Menschenleben hätten zum Opfer fallen können, ereignete sich hier am Dienstag Abend an dem Bahnübergang vor dem Bahnhof Werth. Ein Motorradfahrer mit Begleiterin wollte gerade den Lbergang, der nicht durch eine Schranke gesichert ist, passieren, als die 5,27 Uhr von Vohholt abfahrende Zug herannahte. Das Motorrad wäre vom Zuge erfasst worden, wenn es dem Fahrer nicht im letzten Augenblick noch gelungen wäre, zur Seite zu lenken, jedoch er neben dem Bahndamm

In den Chausseegraben geriet. Er sowie seine Begleiterin kamen mit dem Schrecken davon. Vielleicht wäre es doch notwendig, an dieser Stelle, von der aus die Straße schlecht zu übersehen ist, eine Schranke anzubringen.

8. Dingden, 17. Juni. Ein interessantes Helemtzt. Von altersher ist es in unserem Dörfchen Brauch, daß, wenn jemand in den Ehestand eintreten will, der Bräutigam mit den Nachbarn im Gefolge seine zukünftige Ehehälfte unter Sang und Klang seinem eigenen Heim zuführt. Dem jungen Eheherrn wird diese Heimsführung aber nicht so leicht gemacht, wie er es sich vorher ausgemalt hat. Weil die Nachbargenossin der Braut ihre von Jugend an liebgewonnene Spielgefährtin nicht gern fortziehen läßt, versucht man auf allerlei Weise, dem zukünftigen Ehepaare Hindernisse in den Weg zu legen. In einer solchen Handlung stand am vergangenen Montag der nördliche Teil unseres Dorfes. Schon des Nachmittags schlichen kühne Nachbarn um den Hof ihrer Jugendgefährtin, auf welchem zu jener Zeit der Bräutigam mit seinem Gefolge weilte, um durch eine verwegene That die am Abend stattfindende Abreise zu erschweren. Trotz starker Bewachung des in Frage kommenden Gebäudes gelang es einer Streifabtheilung, ungesehen bis auf den Heuboden vorzudringen, von welchem sie auch glücklich mit einer Beute — unter dem Hagelschlag ihrer Verfolger — heimkehrten. Gegen Abend stürmten nun die Nachbarn mit einem starken Aufgebot das Tenmentor und den im Hause untergebrachten Brautwagen, um denselben fahrunfähig zu machen, worüber aber von dem tapferen Festgefolge — lauter handfeste Bauernburtschen — in die Flucht geschlagen. Daß bei einer solchen Kauferei Scheunentore trachten und Köpfe bunt aneinandererschlugen, braucht nicht erwähnt zu werden. Nach Sammlung der noch vorhandenen



ein Zeichen, daß jeder den Wert des Gases, die

Annehmlichkeit,
die **Sauberkeit**
und die **Billigkeit**
in steigendem Maße anerkennt.

arbeitsfreudigen Kräfte ließen die Besiegten es sich aber doch nicht nehmen, wenigstens den Kirch- und Trau- und Taufweg des Brautpaares — der nach altem Brauch bei einer derartigen Feier streng innegehalten werden muß — unter stundenlanger, schweißtreibender Arbeit zu verschänzen. Diese alten Sitten wurden jedoch diesmal nicht beachtet. In einem unbewachten Augenblick nahm der Bräutigam mit seiner Geliebten nebst Gefolge „reihaus“ quer über die blühenden Gottesauen. Aber die festlich geschmückte Brautkutsch schien mit der Einführung neuer Sitten nicht recht einverstanden zu sein. Indem sie sich des Zwanges entledigte, schritt sie lähn über ihren weniger kräftigen Führer hinweg, wobei dann humorvolle Szenen sich ereigneten. Endlich setzte sich der Zug in Bewegung, nichtachtend der tiefbetrübten Nachbarn, welche hinter ihrer Verschönerung standen und zusehen mußten, wie der Bräutigam ihre Jugendgefährtin auf solche Art und Weise entführte.

3. Borten, 17. Juni. Pferderennen. Am Sonntag und Montag fand hier die diesjährige Veranftaltung des Bortener Reitervereins ftatt, die aus Leiftungsprüfungen und großen Materialprüfungen für Zuchtperde (Ausftellung) beftand. Die Rennen am Sonntag verliefen ohne ernfte Unfälle. Es kam wohl verchiedentlich zu Stürzen, die zum Teil auch gefährlich ausfahen, nennenswerte Verletzungen trug aber keiner der Theilnehmer davon. Eine Glanzleiftung der Veranftaltung war die von Mitgliedern des Reitervereins Borten unter Leitung von Herrn Grünfelde-Pröbfting gerittene Quadrille. Die Rennen hatten folgende Refultate: 1. Eröffnungs-Trabreiten. 3 Ehrenpreise. 1. Harras, Iosef Wülfing, Homer; 2. Harrybald, Robert Büning, Borten; 3. Harnerin, Iosef Wülfing, Homer. — 2. Quadrille. Geritten von Mitgliedern des R.-V. Borten unter Leitung von Herrn A. Grünfelde-Pröbfting. Einstudiert von Herrn A. Grünfelde. — 3. Neumühler Trabrennen. 3 Ehrenpreise. 1. Nelke, H. Tüfhaus, Borten; 2. Wülfing, Crommert; 3. Vera, Ioh. Schulze, Schleithoff. — 4. Landwirthfchaftliches Sankt Georgs-Jagdfringen. (Al. A.) Ausgef. 7 Ehrenpreise. 1. Harras, Iosef Wülfing, Homer; 2. Edelgard, Theob. Schulze, Wülfing, Gemenwithe; 3. Gräfin Lotte, Ioh. Schulze, Wülfing, Crommert; 4. Hallfag, Reiter Göltesee; 5. Ella, A. Schmeling, Heiden; 6. Erna, Theob. Schulze Wülfing; 7. Herzog, Wm. Schulze Bedershoff, Warbed. — 5. Preis v. Coesfeld. Trabrennen. 3 Ehrenpreise. 1. Salscha, H. Lemberin, Gemen; 2. Ella, Theob. Quartier, Holmwid-Bocholt; 3. Heze, J. Tethene, Sport — 6. Haus Scherenberg-Trabrennen. 3 Ehrenpreise. 1. Wiege, Th. Himmelberg, Sport; 2. Vera, Ioh. Schulze Schleithoff, 3. Daudon, A. Altmeper, Haus Döring; 4. Herzog, Wm. Schulze Bedershoff, Warbed. — 7. Ponny-Rennen. 3 Ehrenpreise. 1. Fidelei, Ioh. Offing, Haus Khe; 2. Ella, Ioh. Behling, Hülfsen; 3. Frih, Heinrich Hüging, Groß-Meten; 4. Herta, Hh. Garert, Hoffeld. — 8. Haus Pröbfting-Trabrennen, 3 Ehrenpreise. 1. Marzella, Iosef Wülfing, Homer; 2. Walfüre, B. Dennermann, Crommert; 3. Hanno, Ioh. Behling, Keten; 4. Moll, Th. Himmelberg, Sport. — 9. Afte Herren-Abtheilung des Reitervereins Borten. 1. Harras, Ioh. Wülfing, Homer; 2. Husfeld, Keten; 3. Doerbed, Heiden; 4. Lotte, Hh. Garert, Hoffeld. — 10. Materialprüfung für Zuchtperde. (M.) In jeder Abtheilung Plaketten den besten drei Pferden. Sieger-Ehrenpreis der besten Stute der Schau-Rasse 1: Stuten mit Fohlen. 1. Schulze Scholle, Gelfer.

w aus der Wohlat des hiegegenwärtigen, mit Kohle behetzten
Küchenherdes eine Wäse wird und sich die Hausfrau nach der
Kühlen, reinlichen und praktischen Wasfläche lehnt. Die Wasfläche
hat den Vorteil der steten Betriebsbereitschaft, der Sauberkeit
und der Billigkeit. Die Hausfrau kann die Flamme sofort an-
zünden, löschen, vergrößern oder verkleinern, wie sie will, und es
mit etwas Uebung leicht dahin bringen, erstaunlich wenig Gas
zu verbrauchen. Beim -Kohlenherd ist diese weitgehende
Oekonomie ausgeschlossen, denn die Kohle, die einmal angezündet
ist, brennt weiter, gleichgültig, ob Wärme gebraucht wird oder
nicht, ja die Tätigkeit der Hausfrau besteht bei einmal entfackter
Hochstut geradezu darin, die Speisen durch Hin- und Herziehen
auf dem Herd, Zwischenlegen von Ringen usw. vor zu großer
Hize zu schützen, statt sie ihr auszusetzen. Aber ganz abgesehen
von der Oekonomie werden die Speisen auf dem Wascher schmad-
hafter und nahrhafter. Denn die Hausfrau kann durch das Rein-
stellen der Flammen die Temperatur auf ganz gleicher, den
Speisen zuträglichster Höhe halten, und durch diese „individuelle
Behandlung“ der Speisen behalten sie ihren Nährwert, ihre Be-
stimmtheit und als Hauptfache ihren natürlichen Wohlgeschmack.
Schließlich ist die Reinigung des Kochgeschirres, wenn auf Gas
gekocht wird, viel leichter. Auch fällt bei der Wasfläche jeder
Schmutz durch Kohle und Wäse fort.

Helene; 2. Gräfflich von Landsberg'sche Oekonomie Bröbfting, Haffache; 3. Heinrich Garvert, Horfeld, Sotte; 4. Sch. Temberge, Hothhaufen, Hanni. — Klasse 2: 4-jährige und ältere Stuten, ged. (mit Deafcheim). 1. Mag. Tüfchau bei Herweft-Dorften, Mefte; 2. Friedr. Schulze, Hothhaufen, Ramsdorf, Hermelinde; 3. Heinz. Noor, Bucholt, Nozana; 4. Hof. Schulze Wödenhoff, Raefeld, Helma. — Klasse 3: 3- und 2-jährige Stuten und Hengfte. 1. Ignaz Schulze Beiering, Mefete, Erna; 2. Mag. Tüfchau, Tüfchau bei Herweft-Dorften, Mefte; 3. Gräff. v. Landsberg'sche Oekonomie, Bröbfting, Hede. (Schluß folgt.)

* **Emmerich, 17. Juni. Schneller Tod.** Am Montag ver-
starb plötzlich unter Vergiftungserscheinungen die 19jährige
Tochter des zu Anfang des Krieges im Felde gefallenen Ban-
krotteurs Goswin Schilbach. Die Leiche wurde von der Staats-
anwaltschaft beschlagnahmt, um die wirkliche Todesursache fest-
zustellen. Am Dienstag vormittag wurde der Stiefvater der
Verstorbenen, Heßhale, vernommen.

II: Stadtleistungen 1925. Ausschreibungen, Wettkampftaktik:
1. 5-Kampf, bestehend aus: 100-Meter-Lauf, Hochsprung, Dreisprung, Diskuswerfen und Kugelstoßen; **2. Einzelkämpfe,** bestehend aus jedem der obigen 5 Geräte, sowie 5 000- und 1 500-Meter-Lauf, 4 mal 100 Meter und Olympische Staffel. Tag der Austragung: Montag, den 29. Juni (Peter und Paul). Meldefrist: Mittwoch, den 24. Juni, 7 Uhr abends. Meldungen sind unter Beifügung des Meldegebüses schriftlich an Herrn H. Kampshoff, Freileistfr. 17, zu richten. — **Schwerathletik:** **1. 3-Kampf,** bestehend aus Steinstoßen, Hammerwerfen und Gewichtwerfen in 2 Klassen. **2. Einzelkämpfe,** bestehend aus jedem der obigen drei Geräte. Tag der Kämpfe: Montag, den 29. Juni (Peter u. Paul). Meldungen sind schriftlich unter Beifügung des Meldegebüses an Herrn Bernh. Elsholt, Prinz Heinrichstr. 10, zu richten. Die Kämpfer wollen sich am 29. Juni, vorm. 11—12½ Uhr bei Kranefeld zwecks Feststellung des Körpergewichts einfinden. Diejenigen, die nicht erscheinen, scheiden aus. — **Jugendkämpfe:** **3-Kampf** in 2 Klassen, Klasse 1, 14—16 Jahre und Klasse 2 16—18 Jahre. Geräte in beiden Klassen: **1. 100-Meter-Lauf,** **2. Weitsprung** vom Balken. **3. Schlagball,** weiterrwurf. Tag der Austragung: 29. Juni (Peter u. Paul). Meldefrist: Mittwoch, 24. Juni, 7 Uhr abends. Meldungen sind schriftlich unter Beifügung des Meldegebüses und Angabe des Geburtsdatums an Herrn Carl Küppers jr., Werther Chaussee 33, zu richten. Das Meldegebü beträgt für alle Kämpfe: Mehr- und Mannschaftskampf 50 Pfg., Einzel- und Jugendkämpfe 20 Pfg. — Jeder meldende Verein hat für jeden Kampf zwei Herren als Kampfrichter namhaft zu machen. Catil.

:: Sport und Spielverein Einigkeit, Mitglied des Deutschen
 Athleten-Sportverbandes 1891. Das diesjährige Kreisfest des
 3. Kreises fand am 14. und 15. Juni in Essen statt. Auch der
 Sport- und Spielverein „Einigkeit“ war mit einigen seiner besten
 Kräfte vertreten, die bei sehr starker Konkurrenz sogleich hervor-
 gehen konnten. Im Ringen (Jugendbewerkgewicht) errang
 Hülsten Theodor den 7. Preis, im Gewichtheben der Senioren-
 klasse (Fliegengewicht), Jungeblut Baurens den 3. Preis, Bantam-
 gewicht Schroer Joh. den 4. Preis. Den Siegern ein kräftiges

„Heil Heil!“
:: Stadtverband für Leibesübungen Bocholt. Für das am Sonntag, den 28. Juni, vormittags 11 Uhr stattfindende Schwimmen „Quer durch Bocholt“, gleichzeitig um die Stadtmesserschloß über die lange Strete (1800 Meter) ist am 24. Juni Weibeschuß. Die Meldungen sind unter Beifügung von Mark 0,20 Startgeld an den Obmann des Schwimmsports, Herrn F. Dammers, Nordstraße 52, zu richten. Zur Teilnahme ist jeder Schwimmer berechtigt, welcher seit drei Monaten seinen Wohnsitz in Bocholt hat.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmig-Bachhoff,
für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Remples-Bachhoff.

Einst und jetzt.

In der Postkutsche machten unsere Großväter gemächlich ihre Reisen, heute ist Zeit Geld. Die Beförderungsmittel änderten sich, und wir benutzen Eisenbahn, Auto und, um am bequemsten vom Fleck zu kommen, gleichzeitig aber auch, um unserer Gesundheit zu nützen, das Fahrrad. Es kommt bei diesem Beförderungsmittel weit mehr als bei jedem anderen darauf an, daß es bis ins kleinste erdtauglich ist. Das „Sigurd“-Rad wird jedem, auch dem verwöhntesten Anspruch gerecht. Alle Vorzüge eines Fahrrades höchster Klasse sind in ihm vereinigt. Geschweißte Rahmen gibt es nicht mehr. An ihre Stelle sind die hartgegluhten Rahmen aus nachfolss gezogenen Rohren getreten. Hingzu kommt ferner der Torpedo-Vordruck. Im übrigen bürgt eine dreijährige Garantie für hochwertige Qualitätsware. Durch den maßgebend niedrigen Preis wird das Sigurd-Rad erst recht zum Verkehrsmittel gekempeit. Allen Interessenten sei empfohlen, sich den reichhaltigen Katalog der Firma Sigurd-Gesellschaft m. b. H. in Cassel umsonst anwenden zu lassen.

6 billige Tage

vom 18. bis 24. Juni

gebe ich auf
sämtliche Waren auch bei denen, die im Preise herab-
gesetzt sind
10 Proz. Preisermäßigung
Kommunion-Anzüge und weiße Kleider
extra billig
Franz Rieger Karolinger Straße

Statt Karten
Ihre Vermählung geben bekannt
Heinrich Fink
Elisabeth Fink
geb. Lühkenhorst
Bocholt, den 18. Juni 1925.

Nachruf.
Infolge Schlaganfalles verschied
ein treuer Arbeiter, unser lieber
Mitarbeiter
Johann Welz
Sein Fleiß und seine Solidität
waren vorbildlich u. sichern ihm
ein treues Andenken.
In. Aug. Balle, deren
Angestellte u. Arbeiter.

Öffentliche Steuermahnung.
Die rückständigen Kanalgebühren und
Grundsteuer für das erste Vierteljahr
1925 sind bis einschließlich Montag, den
22. Juni 1925 zu entrichten. Vom 23. Juni
ab werden die Rückstände kostenpflichtig
beigetrieben.
An d. Zahlung wird hiermit gemacht.
Für später bei der Stadthauptkasse
eingehende Beträge sind die Beibehaltung
kosten fällig geworden und mit zu ent-
richten. Diese Bekanntmachung vertritt
die Stelle des Mahngeldes.
Bocholt, den 17. Juni 1925.
Die Stadthauptkasse als Vollstreckungsbehörde.

Bekanntmachung.
Die Krippensprechstunde des Kreises
Borken findet statt am Freitag, den 19.
d. Mts., nachm. von 4 bis 5 Uhr im
Krankenhaus zu Borken.
Die Krippensprechstunde
des Kreises Borken.

Grasverkauf.
Am Freitag, den 19. Juni d. Js., nach-
mittags 4 Uhr sollen auf der Drogenweide
6 Parzellen volles Heugras
verkauft werden.
Im Anschluß hieran wird ein Teil
dieser Weide und die Kundenweide als
Nachweide verpachtet. Interessenten
wollen sich bei der Drogenweide einfinden.
Bocholt, den 16. Juni 1925.
Der Oberbürgermeister.

Heugras-Verkauf.
Am Samstag, den 20. Juni, 5 Uhr
nachm. werde ich im Auftrage der Frau
Wm. C. Driesen, hier, auf dem Rosenberg
ca. 40 Parzellen bestes
Heugras
öffentlich meistbietend auf Kredit ver-
kaufen.
Bocholt, den 17. Juni 1925.
Fritz Böttmeyer, Auktionator.

Grasverkauf.
Am Dienstag, den 23. Juni, Nach-
mittags 6 Uhr wird in der Gastwirtschaft
Gustaf das Gras auf einer Weide an der
Gendringer Straße, unweit Bollamt
Groß-Argena, öffentlich meistbietend in
Parzellen verkauft.
Hörsel, Salin-Salm'sche Güterverwaltung.

2 große Ausnahmetage 2

Freitag, 19. und Samstag, 20. d. Mts.
geben wir bei einem
Einkauf von 3.- Mf. oder
1 Pfd. Kaffee
außer Schmalz, Margarine u. Zucker
1 Tafel feinste Speisefotolade a 100 g
gratis!
Unsere Spezialität Kaffee sowie Misch-
kaffee stets frisch gebrannt.
Ein Versuch führt zur dauernder Kundschaft.
Hamburger Kaffee-Lager,
Nordstraße 31. Thams & Gork Nordstraße 31.

Die noch vorrätigen
SOMMERHÜTE
gebe ich weit unter Preis ab.
Frau Thea Reuss, Neustr. 5,
Telefon 568.

Geschäfts-Eröffnung.

Den Bewohnern von Bocholt und Umgegend
besonders den Gewerbetreibenden, Bau-
unternehmern und Fabrikanten zur gefl.
Kenntnis, daß wir mit dem heutigen Tage ein

Fuhr-Geschäft

eröffnen. Halten uns für alle vorkommen-
den Transporte empfohlen. Indem wir
prompte Bedienung zusichern,
bitten wir um geneigten
Zuspruch

Burian & Nienhaus,
Dinxperloer Ch. 198. Telefon 389.

STANDARD-LIMONADE f 1.00

Lekker en goedkoop
Is onze Standard-Limonade
Met een Limonade-glas cadeau
Op iedere flesch.
Neemt eens een proef
ALBINO levert vanaf heden
Deze Limonade voor f 1.00 p. flesch
En dan nog een glas cadeau.
Beleefd aanbevelend
N. V. ALBINO MY.
FILIAAL: Mej. de Wed. D. A. C. Becking
Hoogestraat A 160, DINXPERLO.

STANDARD-LIMONADE f 1.00
STANDARD-LIMONADE f 1.00

GESCHÄFTS-WEISHEIT

Den richtigen Mann an die richtige Stelle,
Das richtige Angebot an die richtige Stelle.

Alle Inserate in das
BOCHOLTER VOLKSBLATT

NOTIZBLOCKS
STENOGRAMMBLOCKS
FERNSPRECHBLOCKS
billigst
Je Stück 10-15 Pfg.
Nur Nobelstr. Nr. 6.
J. & A. TEMMING
Buchdrucker.

Liebrauend. Ortsgr. Bocholt.
Freitag, den 19. Juni,
3. Stiftungsfest
abends 6 Uhr im großen Saale des
Bürgerkruges mit sehr reichhaltigem
Programm.
Festredner: Hochw. Herr P. Schütz S.J.
Zu dieser Feier werden die Eltern
der Schülerinnen des Lyzeums,
sowie Freunde und Gönner des
Bundes, und alle ehemaligen
Schülerinnen des Lyzeums herzlich
eingeladen.
Der Vorstand.

Schenkt
BUCHER
zur
KOMMUNION.
Temming & Heilborn
Bocholt i. W.

Fahrräder,
Nähmaschinen,
Waschmaschinen
sowie
sämtliche Reparaturen
in eigener Werkstatt.
Gustav Albers,
Rhede, Bahnhofstr. 31.

Gründlichen
Klavierunterricht
im Hause der Schüler erteilt
Musiklehrer **Paul Bittner,**
Friedrichsplatz 2. B. 5.
Gefl. Anmeldung durch Postkarte erbeten.

Rechte Heidschnucken-Lämmer.
völlige Spielgefährten für Kinder, genü-
sam, anhänglich, im Herbst delikater
Braten, auf schlechter Weide fett werdend,
verfärbt unter Garantie lebender An-
kunft pro Stück 12 Mark, ausgefärbte
Zuchttiere 16 Mark, Käfig für 2 Tiere
2 Mark.
Carl Jöbels, Münster (Lüneb. Heide).

200-250 Mk.
Vergütung
zahle ich demjenigen,
der mir eine Zwei-
zimmerwohnung zur
Verordnung stellt.
Näheres in d. Ge-
schäftsstelle.
Hausierer
verdienen täglich 20
bis 30 Mk. durch Ge-
bauer, Stettin, Allee-
straße 61.

Ein Jagdwagen, eine Chaise,
eine Dogcart, ein zweispän-
niges Geschirr und ein Ein-
spänniges Geschirr
alles außerhalten, zu verkaufen.
Liborius Müller,
Telefon 179.

Brennholz-Verkauf.
Barlo.
Am Montag, den 22. Juni, morgens
10 Uhr sollen ca. 64 Rmtr. frisches
Kiefern-Brennholz
teils entrinnt, in Längen bis zu 1.25 Met.
öffentlich meistbietend gegen Barzahlung
verkauft werden. Das Holz liegt 100 Met.
vom Bahnhof Barlo.
H. Th. Schüller u. Co., Essen.

Verpachtung in Museum.
Am Freitag, den 19. d. Mts., bis
Nachmittags 7 Uhr werden in der Wirt-
schaft Tent in Museum die neuen Bänke
für die verpachteten Parzellengrundstücke
in Museum festgelegt. Die Pächter der
Grundstücke werden ersucht, zu diesem
Termin zu erscheinen. Die erste Hälfte
der fälligen Pacht wird ebenfalls in
Empfang genommen.
Bocholt, den 15. Juni 1925.
Königlich Salin-Salm'sche Rentei.

Ein Lehrling oder
Lehrmädchen
mit guter Handschrift für Kontor sofort
gesucht. Offerten unter J. 22 a. d. Gesf.

Zum 15. Juli oder später für jungen
Haushalt (2 Personen) nach Bocholt ein
in Küche und Hausarbeit erfahrenes
Mädchen
gesucht. Bewerbungen sind zu richten an
Hr. Dr. Krenning, Unholt 1. B.

Eine fleißige Bant
sucht zum baldigen
Eintritt ein Mädchen
welches das Nähen
besucht hat, als
Mutterkalt
zu verkaufen.
Joh. Schepers,
Museum.

Einige junge
Sunde
sowie eine gute
Dobermannhündin
billig abzugeben.
Eckstein 74.

Untermeister sucht
Stellung
Eigentümliche Bevor-
zugt. Gute Zeugnisse
können auf Wunsch
vorgelegt werden.
Offerten unter Nr. B
1600 an d. Bocholter
Volksblatt.

Beiblatt
Deu
w Gr
rat letzte
Dr. Hen
Landchaft
Gandwirt
heim, R
rat ausge
schäftlich
der deut
Rückbild
in d. f
das einig
schweren
(Berlin)
wurdes üb
Nach
ökonomie
Treue de
schließe
tage u.
Der
der Mär
den 3
witz
der Sam
duktio
müßte
allen G
Landwir
lagt un
aber gle
duktions
für sie u
rat veru
durch H
gelebes.
In e
Berhan
des Joll
Berlauf d
spanisch
Jollbergl
außerdem
Fahweins
langt.
Der
tu. Be
föhrung
des flicher
An
Koalition
Ausfuße
daß entgeg
Verfahrens
ermöglicht
entsprech
nifische An
nommt.
Das S
Ge fütse
Pichwe
merkmal
habe. In
minijer
erhöhen w
fuhrver
verlangt u
nicht statge
Abnahme d
auktellen.
Stenbel
stelle, sei d
fische Veru
Arbeits- u
Werte (2
ben werden
Pferdezucht
gemuth
lage der G
unteren G
äußert Wü
kommission
vor einer ü
ken Jerspi
der Reform
an, jedem
die Körordn
stimmt. Der
petenzen zu
daran fest
können m
ta m e r n
bezucht dur
seien als 3
zucht bedeut
sei der Vor
verwaltung
Das S
Vorföhrung
ler (Dnt.),
trag auf Ge
amtenbefol
genommen
werden.
Prov
Auf Gr
von Halblu
Westfälisch
Provinzi
fällige P
Der frühere
Das Pre
Zweit
bewer der
um den Go
Sonna
Materialspr
Wagenpferde
pferde, Zwei
Wehspänner
pferde; (1)
i) Provinzia
KL M. Aug
Sonni
lammer für
lichen Zucht
m) Paatzpi

Deutscher Landwirtschaftsrat.

W Friedrichshafen, 17. Juni. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat gestern die Beratungen zunächst mit einem Bericht von Dr. Henrich (Berlin) über die Beteiligung des Deutschen Landwirtschaftsrates an der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft fort, worauf Dr. v. Wangenheim, Klein-Spiegel, über die vom Deutschen Landwirtschaftsrat ausgearbeitete Denkschrift über den Schutz der landwirtschaftlichen Erzeugung als Vorbedingung des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft berichtete. Er warnte nach einem Rückblick auf frühere Zollverhandlungen vor einer Ueber-industrialisierung. Genügend hohe Schutzzölle seien das einzige Mittel, um die Landwirtschaft in der heutigen schweren Zeit vor dem Erliegen zu bewahren. Dr. Schindler (Berlin) gab einen Überblick über den Inhalt des Gesetzesentwurfes über die Zolländerungen.

Nach einer längeren Aussprache, in deren Verlauf Landesökonomierat Bürgens unter lebhaftem Beifall die deutsche Treue des Rheinlandes hervorhob, wurde eine Entschließung angenommen, worin zur Zolltarifvorlage u. a. gesagt wird:

Der Landwirtschaftsrat erwartet daher die Beseitigung der Mängel und einen angemessenen Ausgleich zwischen den Zöllen auf gewerbliche und landwirtschaftliche Produkte. Sollte wider Erwarten der Landwirtschaft ein lüdenloser, der Parität mit den Industriegütern entsprechender Zollschutz verweigert werden, dann müßte der Landwirtschaftsrat für völlige Zollfreiheit auf allen Gebieten eintreten. Es ist unmöglich, daß man der Landwirtschaft den nötigen Schutz für ihre Erzeugnisse verweigert und damit die Preise für Deutschland herabdrückt, ihr aber gleichzeitig zumutet, daß sie für ihre notwendigen Produktionsmittel Preise zahlt, die infolge des hohen Zollschutzes für sie unerschwinglich werden müßten. Der Landwirtschaftsrat verwahrt sich weiterhin gegen vertragsmäßige Bindungen durch Handelsverträge vor der Verabschiedung des Zollgesetzes.

In einer weiteren Entschließung werden sofortige Verhandlungen mit Spanien wegen der Erhöhung des Zollschutzes für Wein, Obst und Gemüse, bei ungünstigem Verlauf dieser Verhandlungen die alsbaldige Kündigung des spanischen Abkommens, ferner die vollständige Beseitigung aller Zollvergünstigungen für Wein, Obst und Gemüse, und außerdem ein Zollfuß von 80 Mark für 100 Kilogramm weißen Tabaks und von 130 Mark für 100 Kilogramm Tabak verlangt.

Der Gestütssatz vor dem Landtag.

tu. Berlin, 17. Juni. (Tel.) Zu Beginn der Mittwochs-sitzung des Preussischen Landtages wurden eine Reihe kommunikativer Anträge über Beamtenangelegenheiten, Sicherung des Wahlrechts, Dauer der Arbeitszeit ohne Aussprache der Ausschüsse überwiegen. Abg. Pies (Komm.) forderte, daß entgegen dem Reichsratsbeschlusse die Wiederaufnahme des Verhältnisses gegenüber den Urteilen der bayerischen Volksgerichte ermöglicht werde und die preussischen Vertreter im Reichsrat entsprechende Instruktionen erhalten. Der entsprechende kommunikativer Antrag wurde gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus trat darauf in die zweite Beratung des Gestütssatzes ein. Den Ausschussbericht erstattete Abg. von Plesch (Dnt.), der auf die starke Einfuhr von Pferden aufmerksam machte, die durch die Öffnung der Grenzen eingeführt habe. In der allgemeinen Aussprache erklärte Landwirtschaftsminister Steiger, mit Recht seien große Bedenken erhoben worden gegen die Aufhebung der Einfuhrverbote. Das Ausland, besonders Belgien, habe sie verlangt und mit Maßnahmen gedroht, wenn dieser Forderung nicht stattgegeben werde. Durch die große Pferdeinfuhr sei eine Abnahme der gedeckten Stuten stellenweise bis 33 Prozent festzustellen. Die Lage der Pferdeinfuhr sei keine günstige. Abg. Stenbel (D. Vp.) erklärte, wenn man die Pferdeinfuhr einstelle, sei der Schaden für die Zukunft unübersehbar. Die preussische Verwaltung habe die Aufgabe, die besten hochwertigen Arbeits- und Zuchtstuten zu züchten. Abg. Wachholtz (D. Vp.) erklärte, wenn mit Erfolg Pferdeinfuhr betrieben werden solle, so müsse man endlich die Normung der Pferdeinfuhr treibenden Bauern fallen lassen. Abg. Frau Wollgast (D. Vp.) tritt für Aufhebung der wirtschaftlichen Notlage der Gestütsbesitzer und für Aufhebung der Besoldung der unteren Gestütsbeamten ein. Abg. Jacoby (D. Vp.) äußert Wünsche in Bezug auf die Zusammensetzung der Kommissionen und Abg. Graf zu Stolberg (D. Vp.) warnt vor einer überhastigten Umstellung der Zucht mit vor einer großen Zersplitterung. Abg. Hees (D. Vp.) beschließt sich mit der Reform des Rörgegesetzes und der Rörderung.

Oberratsminister Großkurth erklärte, es gehe nicht an, jedem Landwirt freizustellen, was er züchten wolle. Durch die Rörderung würden die zur Zucht geeigneten Rassen bestimmt. Der Reiter erklärt weiter, dem Minister höhere Kompetenzen zu geben, würde nicht ratsam sein. Die Regierung habe daran fest, daß Rörgegesetz nur erlassen werden können mit Zustimmung der Landwirtschaftskammer. Zu warnen sei vor der allgemeinen Landessperre der Zucht, Selektion sei vorzuziehen. Die Kammer seien als Zuchtprüfung nicht zu entscheiden. Auch die Vollzucht bedeute eine große Einnahme für den Staat. Unzutreffend sei der Vorwurf der sozialdemokratischen Reiter, die Gestütsverwaltung habe mit ihnen Hengstentäufen gestiftet gemacht.

Das Haus vertrat sich darauf auf Donnerstag 12 Uhr. Fortführung der Beratung. Zuvor soll auf Antrag Reiter (Dnt.), dem das Haus stattgibt, der sozialdemokratische Antrag auf Gewährung einer Beihilfe von 100 Mark an die Beamtenbesoldungsgruppen 1 bis 6, der vom Beamtenauschuss angenommen wurde, als erster Punkt zur Beratung gestellt werden.

Provinzial-Leistungsprüfungen für westfälische Pferde.

Auf Grund eines Beschlusses der Kommission zur Prüfung von Halbblutpferden für Westfalen und mit Einwilligung des Westfälischen Pferdestammes werden in diesem Jahre die Provinzial-Leistungsprüfungen für westfälische Pferde erstmalig in Hamm i. W. abgehalten. Der frühere Austragungsort war bekanntlich Warendorf.

Das Programm der Veranstaltung sieht im einzelnen vor: Freitag, 10. Juli: Vorprüfungen für den Wettbewerb der landlichen Zucht, Reit- und Fahrvereine Westfalens um den Goldpokal der Landwirtschaftskammer.

Sonntag, 11. Juli: a) Großer Züchterpreis. Materialprüfung für Zuchtstuten; b) Eignungsprüfung für Wagenpferde, Einpänner; c) Eignungsprüfung für Wagenpferde, Zweipänner; d) Eignungsprüfung für Wagenpferde, Mehrepanner; e) Geländepreis; f) Eignungsprüfung für Zuchtstuten; g) Reitprüfung Kl. A; h) Reitprüfung Kl. L; i) Provinzial-Verbands-Jagdprüfungen Kl. A; j) Jagdprüfungen Kl. M, Ausgleich.

Sonntag, 12. Juli: 1) Goldpokal der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen. — Wettbewerb der landlichen Zucht, Reit- und Fahrvereine Westfalens. Hauptprüfung; m) Paarprüfungen; n) Schweres Jagdprüfungen. 1. Westfälisches

Die großen Verkehrspläne im Rheinland.

Zustimmung des Rheinischen Provinziallandtages.

X Düsseldorf, 17. Juni. In seiner gestrigen Sitzung faßte der Rheinische Provinziallandtag Beschlüsse über die großen Verkehrsprojekte, die ihm in besonderen Vorlagen unterbreitet waren, zunächst über

Die Städtischen Rhein-Ruhr-Bahn

und die Beteiligung der Provinz an der Rheinisch-Westfälischen Schnellbahn-A.G. Die elektrische Schnellbahn Köln-Dortmund soll betriebsmäßig den immer dringlicher werdenden Anforderungen des Personenverkehrs des Gebietes zwischen Köln und Dortmund genügen. Die Hauptlinie von Köln nach Dortmund in einer Länge von 113,43 Km. berührt die Städte Düsseldorf, Duisburg, Mülheim, Essen, Gelsenkirchen und Bochum. An Nebenlinien sind vorgesehen: Duisburg-Oberhausen-Essen (22,84 Km.), Duisburg-Hamborn (9,28 Km.) und Essen-Cladde (16,05 Km.). Die Gesamtlänge ist mithin 161,60 Km. Der Hauptzweck dieser Bahn, das ganze Industriegebiet zu einem einheitlichen Gebiet zusammenzufassen, in dem alle Entfernungen, insbesondere auch die Entfernung zwischen den Wohn- und Arbeitsstätten, nur noch eine untergeordnete Rolle spielen, erfordert eine sehr hohe Fahrgehwwindigkeit, die betragen soll für die Strecken: Köln-Düsseldorf 20 Minuten, Düsseldorf-Duisburg 14 Minuten, Duisburg-Mülheim 5,5 Minuten, Mülheim-Essen 7 Minuten, Essen-Gelsenkirchen 6 Minuten, Gelsenkirchen-Bochum 6 Minuten, Bochum-Langendreer 5,5 Minuten, Langendreer-Dortmund 7,5 Minuten. Für die ganze Strecke Köln-Dortmund soll die Fahrzeit einschließlich des Aufenthaltes auf den Stationen 78 Minuten betragen. Vorgezogen ist bei täglich 16stündiger Betriebsdauer eine viertelstündige bzw. halbstündige Zugfolge. Die Bahn ist auf weiten Strecken als Hoch-, Ein- oder Untergrundbahn geplant, da nur für eine Untergrundbahn oder Hochbahn ein Anfahren der Verkehrs-schwerpunkte in den Großstädten möglich ist. Trägerin des Unternehmens soll eine demnächst zu gründende Aktiengesellschaft „Rheinisch-Westfälische Schnellbahn-A.G.“ sein. Die gesamten Baukosten werden auf 300 Millionen Reichsmark veranschlagt.

Nach einem Referate des Abg. Geh. Rat Hagen (Ztr.) beschloß der Landtag einstimmig gegen die Stimmen der Kommunisten:

Pferdestammes-Geschrennen. 2. Großer Preis von Hamm. 3. Heeres-Jagdrennen. Offizier-Reiten. 4. Landgestüt Waren-dorf-Preisfahren.

Mit Ausnahme der Prüfungen 1), 2), 3) und 4) sind sämtliche Konturrenzen nur im Westfälischen Pferdestammes selbst oder bei der Mutter eingetragenen Warmblutpferden bzw. westfälischen Landwirten, deren Angehörigen und landwirtschaftlichen Angestellten vorbehalten. An dem Wettbewerb dürfen nur solche Mitglieder landlicher Zucht-, Reit- und Fahrvereine teilnehmen, die vor dem Kriege nicht bei einer berittenen Truppe gedient haben.

Der äußere glanzvolle Anstrich der Veranstaltung wird wie im vorigen Jahre bei der ersten Austragung des Goldpokal-Wettbewerbs in Hamm (3. August) auch hier wieder durch folgende propagandistische Sonderveranstaltungen gewahrt: 1. „3. westfälischer Reiterstag“. Am Sonntag, den 11. Juli, abends 8 Uhr, im großen Saale des Schlosshofes in Hamm. Kapelle des Reiter-Regiments 15 Paderborn. 2. Festzug durch die Stadt Hamm. Am Sonntag, den 12. Juli, mittags 1 Uhr. Ausgangspunkt Viktoriaplatz. Kapelle des Reiter-Regiments 15 Paderborn, beritten. Teilnehmer: sämtliche landlichen Reitervereine, die in Hamm vertreten sind, zu Pferde. 3. Parade im Schritt, Trab und Galopp auf dem Großen Exercierplatz in Hamm. Am Sonntag, den 12. Juli, mittags 2 Uhr. Ausgeführt von den anwesenden landlichen Reitervereinen.

Der Rennungsplan für sämtliche Konturrenzen ist am 19. Juni, abends 6 Uhr, bei der Kommission zur Prüfung von Halbblutpferden für Westfalen, Münster i. W., Schor-lemerstraße 8, Fernruf Münster 3114-3117.

Die Leiche im Wandschrank.

Wie die Pariser Blätter melden, wurde in einem Wand-schrank in der Wohnung des Arztes Dr. Pierre Bougrat in Marseille die Leiche des seit dem 14. März verschollenen Rassisten Jacques Rumbede im Zustande starker Verwesung aufgefunden. Rumbede, Angestellter einer Ziegelei eines Vorortes von Marseille, hatte an jenem Tage eine Summe von etwa 30 000 Frs. einsteckt. Auf Dr. Bougrat fällt nun der Verdacht, den Rassist ertränkt und die Leiche verpackt zu haben. Dr. Bougrat war kürzlich verhaftet worden wegen Ausstellung eines Schecks ohne Deckung und wegen sonstiger Schwindeleien. Als nun in seiner Wohnung eine Hausung wegen einer Unterschlagungsaffäre vorgenommen wurde, schlug den Polizisten ein fast unaussprechlicher Geruch entgegen, der auf die Spur der verstorbenen Leiche führte. Dr. Bougrat behauptet, Rumbede sei am 14. März zu ihm gekommen, um von ihm zur Deckung eines Defizits 3000 Fr. zu erbitten. Da er (Bougrat) sich geweigert habe, das Geld vorzulegen, habe sich Rumbede vergiftet. Die Frau des Ermordeten teilte mit, daß außer der Summe, die ihr Mann bei sich führte, kein Trauring und eine goldene Uhrkette fehlte. Dr. Bougrat, der Sohn eines Universitätsprofessors, war mit der Tochter eines bekannten Arztes verheiratet; die erste Zeit seiner Ehe lebte er sehr glücklich mit seiner Gattin; später kam es häufig zu Streitigkeiten. Man schrieb diese plötzliche Veränderung einem Gießer zu, das Dr. Bougrat sich auf einer Orientreise geistig habe; außerdem war er infolge einer Kriegsverletzung trepanniert worden, und man fürchtete für seine Zurechnungsfähigkeit. Bald jedoch wurde es klar, daß eine andere Frau im Spiele war, und es kam zu einer Scheidung der Ehegatten. Bougrat gab immer mehr Geld aus als er verdiente.

Außer dieser Tat, der er dringend verdächtig ist, will man dem Arzt noch andere Fälle zur Last legen. So soll er verurteilt haben, einen älteren Bekannten zu vergiften, der 20 000 Franken bei sich hatte, indem er diesem während seiner kurzen Abwesenheit Gift in das Weinglas schüttete. Der Betroffene entging dem Tode nur dadurch, daß er das Getränk unbemerkt wegschüttelte. Eine Reihe weiterer rätselhafter Todesfälle werden dem Arzt noch zugeschrieben. Es wird behauptet, daß der Arzt seine Patienten während der Dauer einer Narzisse beraubte. Die Bevölkerung verurteilt den Räuber und Mörder bei seiner Verhaftung zu lynchen.

Das Ende der ersten Eisenbahn des Kontinents.

In aller Stille hat sich in Nürnberg ein Ereignis vollzogen, das einer gewissen Tragik nicht entbehrt. Die erste Eisenbahn des Kontinents, die im Jahre 1835 eröffnete Linie zwischen Nürnberg und Fürth, die schon vor einiger Zeit als Opfer der Inflation ihren Betrieb einstellen mußte, hat ihren gesamten Wagenpark an eine Eisenfirma als Schrottmateriale verkauft. In einem schönen Sommermorgen der letzten Wochen hatte sich der Trauerzug, bestehend aus Personenzug und verschiedenen anderen, einigen Packwagen

1. Beteiligung des Provinzialverbandes an der zu gründenden Schnellbahn-A.G. im Nennbetrage von 7 Mill. R.M.
2. Uebernahme der Gesamtbürgschaft für Verzinsung und Tilgung für die von der A.G. aufzunehmenden 150 Mill. R.M.
3. Aufnahme einer Anleihe für Beschaffung der 7 Mill. R.M., die nach den für kommunale Darlehen üblichen Sätzen zu verzinsen und mit mindestens 2 Prozent jährlich zu tilgen sind.
4. Beauftragung des Provinzialausschusses, das im Sinne des Vorstehenden Erforderliche zu veranlassen und über Zeitpunkt und Höhe der jeweils erforderlichen Anleihebeträge zu entscheiden.

Das zweite Projekt, das gestern beraten wurde, betrifft eine Autostraße Köln-Nachen.

Die kilometerlangen Kosten der Autostraße werden bei einer Fahrbahnbreite von 9 Meter und einer Bankebreite von 2mal 450 Meter (auch für Erweiterungszwecke) vorgesehen mit einem Sicherheitsstreifen von 1 Meter, also bei einer Gesamtbreite von 19 Meter, auf etwa 600 000 Mark veranschlagt. Die Autostraße von Nachen bis zur Nachener Landstraße vor Köln ist 65 Kilometer lang und beansprucht demnach einen Kosten-aufwand von 39 Millionen Mark. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge können etwa 12 Millionen Mark verwendet werden.

Nach kurzer Debatte ermächtigte das Haus:

1. den Provinzialausschuss zur Durchführung der Projektierungsarbeiten zum Bau der Autostraße,
2. den Bau ganz oder teilweise zur Ausführung zu bringen, sofern die beteiligten Kommunalverbände sich mit zwei Dritteln an den Baukosten abzüglich der Mittel, die aus der Erwerbslosenfürsorge fließen, beteiligen und sofern die beteiligten Kommunalverbände sich bereit erklären, zwei Drittel eines etwaigen Fehlbetrages zu tragen, der sich aus dem Betrieb der Straße ergibt unter Zuzugung eines Ersatzes aus späteren Ueber-schüssen;
3. zur Abschließung der erforderlichen Verträge mit den Kommunalverbänden und eine Mitbeteiligung der Verbände bei der Verwaltung der Straße;
4. die Beschaffung der Mittel im Wege einer Anleihe, deren Aufnahmebedingungen der Provinzialausschuss beschließen soll.

Die Vorlage wurde vom ganzen Hause einstimmig genehmigt.

Aus Westdeutschland.

X Münster, 17. Juni. (Das Ergebnis des Westfälischen Bundesfestes.) Von den Preisträgern bei dem diesjährigen 25. Westfälischen Bundesfesten seien von den fünf aufgestellten Scheiben nachstehend die drei ersten Preisträger genannt: 1. Josef Marks (Münster), 2. Josef Götzling (Bielefeld), 3. Sommerkamp (Lippstadt). Auf dem Stand Preussischer Hagen 1. Kreuzer (Hagen), 2. Hoffmann (Soest), 3. Birndörfer (Münster). Auf der Auf-lage Scheibe Kösten (Woermannbüche) 1. Halverheid (Hagen), 2. Müller-Gewinner. Ein Ring. Es ist der beste Schütz, der seit mehreren Jahren überhaupt abgegeben worden ist. 2. Hefel-mann (Osnabrück, 120), 3. Nikolaus Meier (Münster, 140). Preisscheibe Hindenburg 1. Hellbrecht (Osnabrück, 85 Ringe), 2. W. Müller (Münster, 57), 3. Esleben (Hamm, 57). Auf-lage Scheibe Westfalen 1. Hermann (Nierlohn), 2. Jauch (Mün-ster), 3. Schenewolf (Lippstadt).

X Münster, 17. Juni. (Landwirtschaftliche Ausstellung.) Die Vorbereitungen für die Landwirtschaftliche Ausstellung, die hier vom 3. bis 7. September stattfindet, sind nunmehr soweit gediehen, daß sich ein Bild von der Größe und Bedeutung dieser Schau gewinnen läßt, wie sie in ähnlicher Form das Münster-land noch nicht gesehen hat. Es treten allein etwa 1000 Groß-tiere in Konkurrenz wobei es sich sämtlich um ausgezeichnete Herd-buchvieh handelt. Ebenso liegen für die Abteilung Maschinen bereits Anmeldebogen aus allen Teilen Deutschlands vor. Die Schau verspricht daher äußerst reichhaltig und umfangreich zu werden. Anmeldebücher für Maschinen und Geräte ist der 15. Juli. Ausstellungsbedingungen sind durch die Ausstellungs-leitung in Münster i. W., Schorlemerstraße 6, zu beziehen.

X Münster, 17. Juni. (Der verkappte Abdukt.) Kurz nach dem Tode des Großindustriellen Hugo Stinnes erhielt dessen Witwe aus Münster einen Brief etwa folgenden Inhalts: „Vor einigen Tagen starb meine Mutter. Aus den Hinterlassenschaften ersah ich, daß ich ein unehelicher Sohn bin. Mein richtiger Vater ist Hugo Stinnes. Meine Mutter hat aus Feingefühl nicht den Vater verraten. In einem Brief Ihres Gemahls erkennt er mich als seinen Sohn an. Es tut mir leid, daß ich meine Ansprüche nicht mehr gegen den Lebenden stellen kann, doch kam ich erst jetzt durch den Tod meiner Mutter zu dieser Kenntnis. Ich bitte Sie, mir innerhalb 14 Tagen 10 000 Mark zu übersenden. Ich denke, für einen Sohn von Hugo Stinnes ist das nicht zu viel. Für Sie bedeuten 10 000 Mark nichts, ich könnte mir dadurch eine Existenz schaffen. Falls das Geld nicht eintrifft, werde ich mein Recht vor Gericht zu verteidigen wissen. Das Geld ist unter D. U. postlagernd nach Münster zu senden. Hochachtungsvoll: Hahnwort.“ Diefem Brief schenkte Frau Stinnes keine Bedeutung. Es folgte dann ein zweiter Brief. Etwa: „Falls das Geld nicht bald kommt, werde ich herüber kommen und andere Saiten aufziehen, dann geht es Auge um Auge, Zahn um Zahn.“ Nunmehr übergab Frau Stinnes die Briefe der Staatsanwaltschaft mit dem Bemerkung, ob man es vielleicht mit einem Verdicten zu tun habe. Die Staatsanwaltschaft konnte zunächst den Urheber des Briefes nicht ermitteln. Schließlich las man im „Berliner Tageblatt“ ein ähnliches Betrugsmanöver. Ein junger Mann aus Münster schreibt an eine Fabrikbesitzerin, deren Mann gerade gestorben ist, einen ähnlichen Brief. Die Berlinerin war felle und ließ den jungen Mann herüberkommen. Während sie sich mit ihm in Friedrichsfelde noch unterhält, legt sich eine schwere Hand auf seine Schulter: die Kriminalpolizei. Wegen des Berliner Briefes verurteilte ihn ein Berliner Gericht zu 6 Monaten Gefängnis. Nun war es für die hiesige Polizei nicht schwer, den Brief-schreiber an Frau Stinnes zu entdecken. Es war derselbe Mann, der Handlungsgehilfe Bernhard Hennig aus Werne a. d. Lippe. Er hatte sich jetzt vor dem Schöffengericht in Münster wegen der Briefe an Frau Stinnes zu verantworten. Der junge Mann ist 18 Jahre alt. In Oberbayern, wo er kürz-lich zur Kur weilte, lernte er das mondäne Leben kennen. Nun kann er, wie er zu Gelde kommen könne und verfiel schließlich auf diesen Weg. Dasselbe Manöver hat er noch in weiteren Fällen, wie er selbst zugibt, versucht. U. a. wurde auch eine schöne Witwe in München genannt. Ob es ihm tatsächlich gelungen ist, Geld durch seine Schwindeleien zu bekommen, konnte nicht festgestellt werden. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, denn er konnte bei seiner Verhaftung 3000 Mark Kautions stellen. Prof. Többen hat den Angeklagten auf seinen Reaktionszustand untersucht und

